

Kleine Erfolge

Auch wenn es in Deutschland 2008 weniger Nachwuchs gab: Die Menschen bekommen wieder mehr Kinder – vor allem im Osten der Republik

Von Iris Hoßmann, Steffen Kröhnert und Reiner Klingholz

Im Jahr 1964 kamen in Deutschland (Ost und West) 1.357.304 Kinder zur Welt – so viele sollten es bis heute nie wieder werden. Bereits Mitte der 1970er Jahre lag die Zahl der Neugeborenen mehr als eine halbe Million niedriger. In der jüngsten Vergangenheit verzeichnete das Land jährlich weniger als 700.000 Neuankömmlinge, was fast einer Halbierung der Geburtenzahlen im Vergleich zu den Hoch-Zeiten der Babyboomer gleichkommt.

Nachdem lange – zumindest im Westen der einst geteilten Republik – eine geburtenfördernde Familienpolitik kein Thema war, hat sich dies in der letzten Zeit verändert: Dem seit 1996 geltenden Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz folgte 2005 ein Kinderbetreuungsgesetz, das in den kommenden Jahren auch für unter Dreijährige Betreuungseinrichtungen schaffen soll. Schließlich verfolgt das im Jahr 2007 eingeführte Elterngeld explizit das Ziel, die Zahl der Geburten in Deutschland zu erhöhen.

Doch hilft das Elterngeld wirklich gegen Geburtenarmut? Lassen sich junge Menschen durch eine vorübergehende finanzielle Absicherung auf eine so weitreichende Entscheidung wie die Familiengründung ein?

2007 konnte das Statistische Bundesamt immerhin verkünden, dass in Deutschland wieder mehr Kinder geboren wurden: rund 10.000 mehr als im Jahr 2006, eine Steigerung von etwa 1,5 Prozent. Doch schon 2008 waren es bereits wieder 8.000 Neugeborene weniger. Hat das kostspielige Elterngeld somit nur ein Strohfeuer entfacht?

Auch wenn es schwer ist, nach zwei Jahren über den Erfolg der neuen Familienpolitik zu urteilen: 2008 war *kein* Rückschlag, die Geburtenfreudigkeit ist *nicht* gesunken, die Richtung der Familienpolitik stimmt.

Jahr	Geburten in Deutschland
1960	1.261.614
1964	1.357.304
1970	1.047.737
1980	865.789
1990	905.675
2000	766.999
2002	719.250
2004	705.622
2006	672.724
2007	682.713
2008	675.187

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Genesis-Online)

2008 gab es weniger Geburten – aber auch weniger potenzielle Mütter

Die Zahl der Neugeborenen hängt sowohl von der Gesamtfertilitätsrate (also davon, wie viele Kinder Frauen im Durchschnitt ihres Lebens bekommen) als auch von der Zahl der Frauen im fertilen Alter ab. Wie stark sich diese beiden Kennziffern auf die Nachwuchszahlen auswirken, zeigt ein Blick in die Vergangenheit: Zwischen 1964 und 1974, in einer Phase, die auch als „Pillenknicke“ bezeichnet wird, sank die Kinderzahl je Frau in Deutschland von 2,5 auf nur noch 1,5. In der Folge war auch die jährliche Zahl der Geburten stark rückläufig – sie sank von rund 1,3 Millionen auf 800.000.

Zwischen 1975 und 1990 aber stieg die Zahl der geborenen Kinder wieder an, von etwa 800.000 auf 900.000. Die Fertilitätsrate erhöhte sich in diesem Zeitraum jedoch nicht – die Zunahme der Geburten kam lediglich dadurch zustande, dass die zahlenmäßig große Gruppe der Babyboomer (die ab etwa 1955 geboren wurden) nun allmählich ins Elteralter kam. Mehr junge Frauen bedeuten mehr Geburten – auch wenn sich an der Familienfreundlichkeit der Gesellschaft insgesamt nichts ändert.

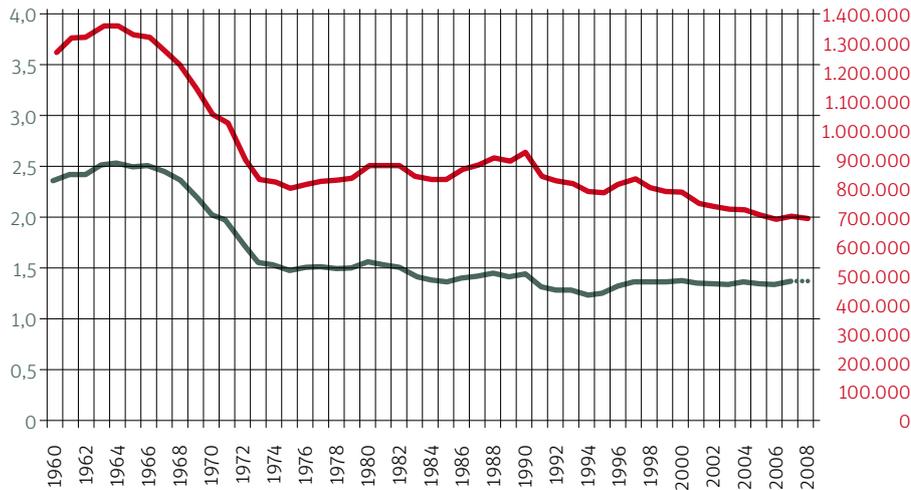
Da die Kinderzahl je Frau seit 35 Jahren nahezu konstant niedrig liegt, muss somit die Zahl der Geburten in Deutschland seit 1990 tendenziell immer weiter abnehmen. Denn nunmehr kommen die immer kleiner werdenden Jahrgänge der nach 1964 Geborenen nach und nach ins Elteralter. Der vorläufige Tiefpunkt dieser Entwicklung wurde im Jahr 2006 erreicht. Mit nur 673.000 Kindern gab es in diesem Jahr so wenige Geburten wie nie zuvor. Bei gleich bleibender Fertilität hätte die Zahl 2007 weiter sinken müssen. Genau dies aber ist nicht geschehen. Selbst der Rückfall im Jahr 2008 auf das Niveau von 2006 kann nicht als Rückgang der Fertilität gedeutet werden.

Kinderzahl je Frau

Lebendgeburten

Auf und Ab der Geburten

Seit Mitte der 1970er Jahre hat sich die Kinderzahl je Frau in Deutschland praktisch nicht verändert – dennoch kam es um 1990 zu einem kleinen Anstieg und danach zu einer kontinuierlichen Abnahme der jährlichen Geburtenzahlen. Ursache dafür war eine erst steigende, dann abnehmende Zahl potenzieller Mütter.



Zahl der Geburten und der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau in Deutschland zwischen 1960 und 2007 beziehungsweise 2008*
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Genesis-Online; Eurostat, Datenbank)

* Kinderzahl je Frau für 2008 geschätzt

Ob das Elterngeld oder auch andere Faktoren einen Einfluss auf die Geburtenfreudigkeit haben, ließe sich einzig und allein an einer steigenden durchschnittlichen Kinderzahl je Frau messen. Die Fertilitätsrate für 2008 lässt sich allerdings noch nicht berechnen. Die Statistischen Ämter veröffentlichen ihre Daten oft erst mit erheblicher Zeitverzögerung, und die zur Berechnung notwendigen Zahlen der Geburten nach Altersgruppen der Frauen liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Ende April 2009) noch nicht vor.

Hilfsweise kann man jedoch einen anderen, einfacher zu berechnenden Indikator zur Ermittlung der Fertilität heranziehen: die Zahl der jährlichen Geburten je 1.000 Frauen im

fertilen Alter von 15 bis 44 Jahren. Diese Zahl der Frauen ist, bei gewissen Schwankungen, seit langem rückläufig. Gab es 1995 noch 17.128.000 Frauen dieser Altersgruppe, so sank deren Zahl auf 16.817.000 im Jahr 2000 und auf 15.881.000 im Jahr 2007. Parallel zur Fertilitätsrate sank auch die Zahl der Geburten je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren von 47,7 Kindern im Jahr 1997 auf 41,7 im Jahr 2006. Das Jahr 2007 – mit der Einführung des Elterngeldes – brachte dann einen Sprung auf 43,1 Kinder je 1.000 Frauen.

Und wie hat sich diese Zahl 2008 verändert?

Mangels verfügbarer Daten kann zur Beantwortung dieser Frage nur die Gruppe der im Jahr 2007 14- bis 43-jährigen Frauen betrachtet werden, die im Jahr 2008 ein Jahr älter geworden sind.¹ Ihre Zahl sank zwischen 2007 und 2008 nochmals um etwa 300.000

Personen von 15.881.000 auf 15.571.000. Dieser Rückgang um zwei Prozent ist prozentual deutlich größer als jener der Neugeborenenzahl um 1,1 Prozent. Die Zahl der Geburten je 1.000 Frauen im fertilen Alter ist somit zwischen 2007 und 2008 nicht gesunken, sondern von 43,1 auf 43,4 weiter leicht angestiegen. Aller Wahrscheinlichkeit nach trifft dies auch für die Gesamtfertilitätsrate zu. Der Rückgang der absoluten Geburtenzahl zwischen 2007 und 2008 kann also nicht als Scheitern der neuen Familienpolitik gewertet werden. Er ist lediglich ein Hinweis auf eine deutlich abnehmende Zahl potenzieller Mütter.

¹ Eine sehr kleine Abweichung zur Wirklichkeit kann nur dadurch entstehen, dass hierbei nicht die Verstorbenen dieser Altersgruppe sowie die Fort- und Zuzüge berücksichtigt sind.

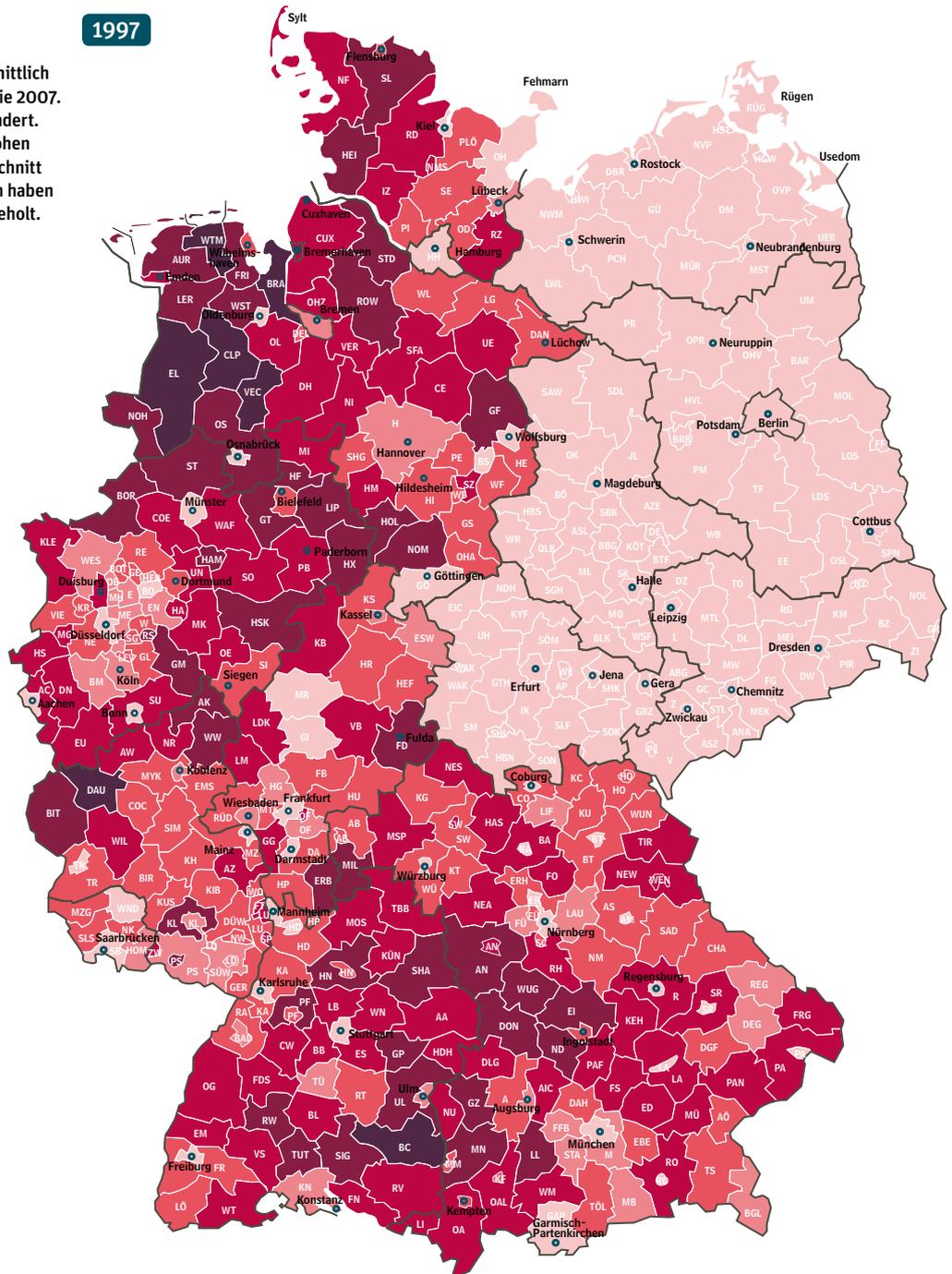
Ende der deutschen Teilung

1997

Im Jahr 1997 wurden in Deutschland durchschnittlich 1,37 Kinder pro Frau geboren – genauso viel wie 2007. Auf regionaler Ebene hat sich jedoch viel verändert. Viele westdeutsche Landkreise mit ehemals hohen Kinderzahlen haben sich bis 2007 dem Durchschnitt angepasst oder liegen sogar darunter. Dagegen haben die meisten ostdeutschen Regionen stark aufgeholt.

Gesamtfertilitätsrate (durchschnittliche Kinderzahl je Frau) in Kreisen und kreisfreien Städten 1997
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank; eigene Berechnung)

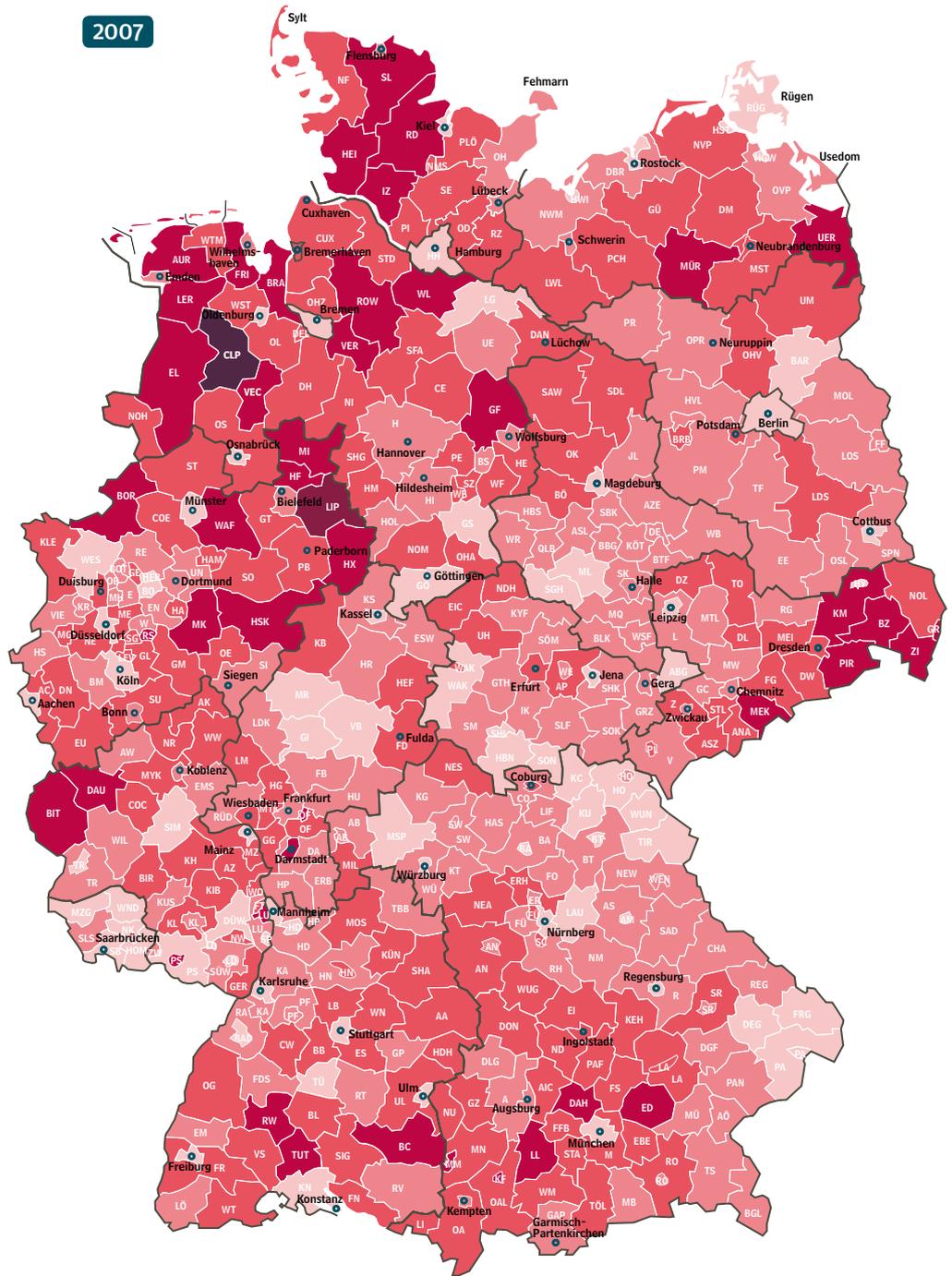
- 1,3 und weniger
- 1,31 bis 1,4
- 1,41 bis 1,5
- 1,51 bis 1,6
- 1,61 bis 1,7
- mehr als 1,7



2007

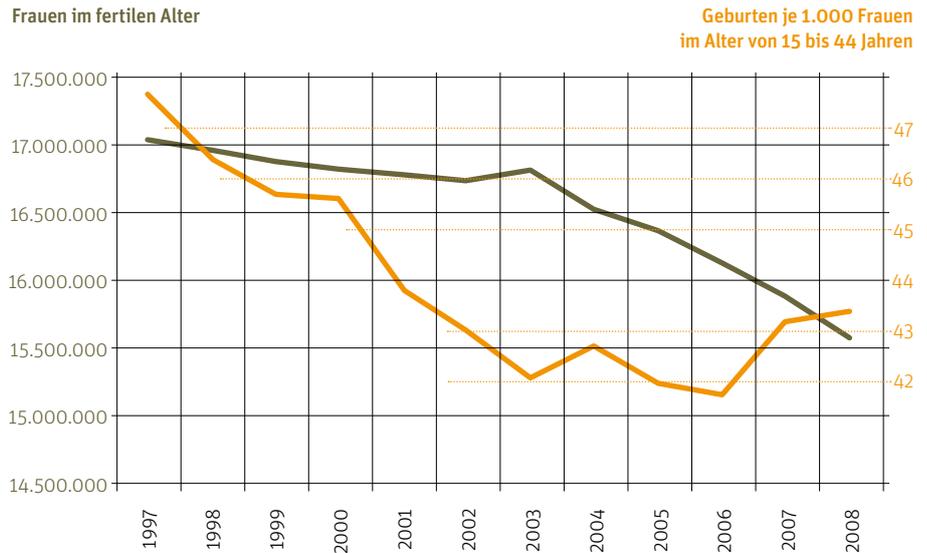
Gesamtfertilitätsrate (durchschnittliche Kinderzahl je Frau) in Kreisen und kreisfreien Städten 2007
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank; eigene Berechnung)

- 1,3 und weniger
- 1,31 bis 1,4
- 1,41 bis 1,5
- 1,51 bis 1,6
- 1,61 bis 1,7
- mehr als 1,7



Weniger Mütter, aber nicht weniger Kinder je Frau

Als Folge der alternden Babyboomer sinkt in Deutschland seit Jahren die Zahl von Frauen im gebärfähigen Alter. Bei gleichbleibender Fertilität muss deshalb auch die jährliche Gesamtzahl der Neugeborenen sinken. Lange ist aber auch die Zahl der Neugeborenen je 1.000 Frauen im fertilen Alter gesunken – ein Zeichen für eine wachsende Kindermüdigkeit in Deutschland. Dieser Trend wurde erst mit Einführung des Elterngeldes im Jahre 2007 gebrochen. Auch wenn dieser Zusammenhang nicht zu beweisen ist: Der – kleine – Erfolg der neuen Familienpolitik lässt sich anders kaum erklären.



Zahl der Frauen im fertilen Alter und Neugeborene je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren (1997 bis 2008*)
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Genesis-Online)

* Wert für 2008 geschätzt

Regionale Entwicklung: Ostdeutschland holt auf – Westdeutschland verliert

In Deutschland insgesamt hat sich die Kinderzahl je Frau seit der Wiedervereinigung bei gewissen Schwankungen nur wenig verändert. Der Mittelwert aller Jahre zwischen 1990 und 2007 liegt bei 1,34 und gehört damit weltweit zu den niedrigsten. Dabei wurde der höchste Wert mit 1,45 im Jahr 1990 erreicht, der geringste 1994 mit 1,24. Weit interessanter als die gesamtdeutschen Zahlen sind allerdings die regionalen Unterschiede der Fertilitätsentwicklung in Ost und West sowie auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte. Dabei lassen sich drei Phasen der Fertilitätsentwicklung unterscheiden:

1990 bis 1996: demografischer Schock und langsame Erholung

1990 war das letzte Jahr, in dem die Gesamtfertilitätsrate in den östlichen Bundesländern höher lag als im Westen. Zu DDR-Zeiten hatte eine umfangreiche Familienpolitik im Vergleich zur Bundesrepublik zu höheren Kinderzahlen geführt. Die Ost-Kinder von 1990 waren zum großen Teil noch vor der politischen Wende in der DDR gezeugt worden.

Nach dem Zusammenbruch des DDR-Staates waren die Menschen einerseits unsicher, was die Zukunft bringt, andererseits eröffneten sich plötzlich ganz neue Perspektiven – Reisen, Ausbildungen, Arbeit im Westen. Eine Familiengründung geriet unter diesen Optionen für Viele erst einmal in den Hintergrund. Die Kinderzahl je Frau fiel ins Bodenlose: Im Jahr 1994 war mit durchschnittlich nur 0,77 Kinder je Frau der Tiefpunkt dieser Entwicklung im Osten erreicht. Von diesem niedrigsten jemals in Deutschland verzeich-

neten Wert an erholte sich die Fertilitätsrate in Ostdeutschland allmählich wieder.

Auch in Westdeutschland wirkte sich die Wiedervereinigung auf die Fertilität aus. Denn schon in den ersten Jahren nach dem Mauerfall war rund eine Million meist junger Menschen von Ost nach West gezogen, die sich zunächst eine Arbeit suchten und ein neues Leben aufbauen mussten. Unter anderem deshalb sank in den alten Bundesländern die Kinderzahl je Frau zwischen 1990 und 1995 von 1,45 auf 1,34.

In dem Jahr 1996 kam es dann im Westen und vor allem im Osten zu einem deutlichen Anstieg der Fertilitätsrate. Das Leben kam allmählich wieder in geordnete Bahnen und die Wirtschaft entwickelte sich in diesen Jahren gut. Viele junge Menschen holten ihre lediglich aufgeschobene Familiengründung nach.

1997 bis 2006: gegenläufige Entwicklung in West und Ost

Es ist weitgehend unbemerkt geblieben, dass die Entwicklung der Kinderzahlen je Frau in Ost und West seit 1997 in unterschiedliche Richtungen verläuft. In Ostdeutschland stieg die Zahl kontinuierlich an – doch in Westdeutschland begann sie abzunehmen. Während sich die Gesamtfertilitätsrate im Osten zwischen 1997 und 2006 von 1,04 auf 1,30 erhöhte, sank sie im Westen von 1,44 auf 1,34.

Auffällig ist, dass in diesem Zeitraum vor allem ländliche Kreise der alten Bundesländer, die noch 1997 eine vergleichsweise hohe Fertilität aufwiesen, einen starken Rückgang der Kinderzahl je Frau erlebten. So sank der Wert im niedersächsischen Kreis Cloppenburg, dem geburtenfreudigsten Kreis Deutschlands, von 2,02 auf nur noch 1,77 Kinder. Im benachbarten Kreis Vechta ging

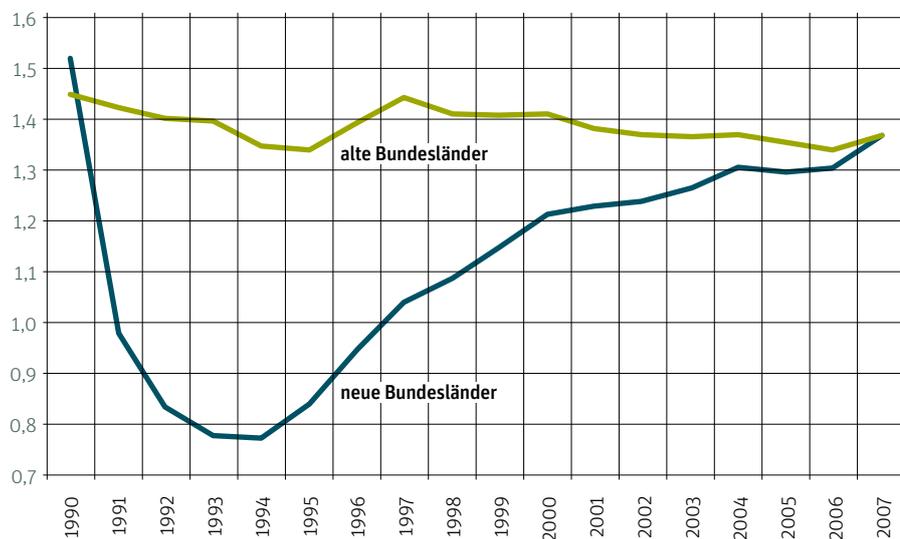
der Wert von 1,77 auf 1,48 zurück. Im baden-württembergischen Landkreis Biberach fiel die Kinderzahl je Frau von 1,73 auf 1,48. Insgesamt sind zwischen 1997 und 2006 in 76 von 212 westdeutschen Kreisen die Fertilitätsraten stark (um mehr als 0,18 Kinder je Frau) gefallen. Nur 38 westdeutsche Kreise verzeichneten in diesem Zeitraum einen Anstieg – überwiegend Städte wie Münster, Bonn, Frankfurt am Main oder Coburg. Hin-gegen verbuchten sämtliche ostdeutschen Kreise in diesem Zeitraum einen Anstieg der Fertilität – in 98 von 114 Kreisen fiel dieser Anstieg mit mehr als 0,18 Kindern je Frau sogar stark aus.

2007: Vermutlicher Elterngeldeffekt

Parallel zur Einführung des Elterngeldes 2007 werden Familiengründungen in ganz Deutschland wieder häufiger – eine andere Erklärung für den kurzfristigen Anstieg der Geburtenzahl gibt es kaum. Der Effekt war besonders im Osten Deutschlands zu beobachten, unter anderem weil dort der Nachholeffekt nach dem massiven Geburteneinbruch Mitte der 1990er Jahre bis heute anhält.

2007 herrschte zum ersten Mal seit 1990 wieder Gleichstand zwischen Ost und West in Bezug auf die Fertilität. Auch wenn der gesamtdeutsche Anstieg der Kinderzahl je Frau auf 1,37 nicht bemerkenswert scheint, ist ein Blick auf die regionale Entwicklung der Kinderzahlen frappierend: Während noch im Jahr 1997 auf einer Karte Deutschlands ganz klar die Trennung in ehemalige DDR und Bundesrepublik zu erkennen ist, lassen sich zehn Jahre später keine Ost-West-Unterschiede mehr finden. 1997 wurden in den neuen Bundesländern nur durchschnittlich 1,04 Kinder pro Frau geboren, im Westen waren es 1,44. Dort gab es zudem viele vor allem ländliche Kreise, in denen die Kinderzahl pro Frau über 1,6 lag.

Gerade auf dem Lande in Westdeutschland sind bis 2007 die Kinderzahlen gesunken und haben sich dem bundesdeutschen Mittelwert angenähert. Unter den zehn Landkreisen mit den höchsten Kinderzahlen je Frau sind nun zwei Landkreise aus Sachsen: die Sächsische



Durchschnittliche Kinderzahl je Frau in den neuen und alten Bundesländern 1990 bis 2007
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Genesis-Online)

Anstieg im Osten, Rückgang im Westen

Nach der Wiedervereinigung haben die politischen und wirtschaftlichen Umbrüche im Osten Deutschlands zu einem extremen Rückgang der Kinderzahlen geführt. Der Westen erlebte das gleiche Phänomen deutlich schwächer. Mitte der 1990er Jahre kam es dann vor allem im Osten der Republik zu einer raschen Erholung. Diese setzt sich in den neuen Bundesländern bis heute fort, während die Geburtenfreudigkeit im Westen bald wieder sank. Erst zeitgleich mit der Einführung des Elterngeldes stieg die Kinderzahl je Frau in beiden Landesteilen wieder an. Die Zahlen für 2008 sind noch nicht verfügbar, doch gemessen an der Neugeborenenzahl pro 1.000 Frauen im fertilen Alter ist die Fertilität weiter leicht angestiegen.

Schweiz mit 1,58 und Kamenz mit 1,59 Kindern pro Frau. Vor zehn Jahren belegte der geburtenfreudigste ostdeutsche Landkreis Ostvorpommern nur Platz 316 von insgesamt 439 Kreisen. 2007 ist nur noch eine Region aus den neuen Bundesländern unter den zehn geburtenärmsten Kreisen zu finden – Cottbus mit einer durchschnittlichen Kinderzahl von 1,16 pro Frau. Die Schlusslichter bilden nun die bayerischen Städte Passau und Würzburg, in denen Frauen durchschnittlich nur 0,97 Kinder zur Welt bringen.

Viele Kreise des Ostens haben im Zeitraum von 1997 bis 2007 eine rasante Veränderung in ihrer Fertilitätsrate vorzuweisen. In Potsdam bekamen Frauen 1997 durchschnittlich 0,92 Kinder und die Stadt gehörte damit zu den fünf geburtenärmsten Kreisen beziehungsweise kreisfreien Städten der Republik. 2007 lag die Geburtenziffer mit 1,45 Kindern je Frau über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Aber auch Neubrandenburg in Mecklenburg oder Eisenach in Thüringen haben enorme Sprünge nach vorn gemacht.

Insgesamt ist zwischen 2006 und 2007, bei gleichzeitiger Einführung des Elterngeldes, in 326 von 439 deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten die Kinderzahl je Frau gestiegen – in 96 von 113 Kreisen des Ostens und in 230 von 326 Kreisen des Westens. In 113 Landkreisen und kreisfreien Städten ist die Fertilitätsrate aller Familienpolitik zum Trotz zurückgegangen – vorwiegend in ländlichen Kreisen der alten Bundesländer.

Ursachenanalyse: Das Familiengeld hilft eher den doppelverdienenden Partnerschaften

Was ist der Grund dafür, dass in den vergangenen zehn Jahren die einst vergleichsweise kinderreichen, ländlichen Regionen der alten Bundesländer einen so deutlichen Rückgang der Fertilität erlebt haben und es häufig gerade diese Regionen sind, in denen sich seit 2007 kein Elterngeldeffekt beobachten lässt? Unsere These lautet: In diesen Gebieten findet sich häufig noch das traditionelle Familienmodell mit einem männlichem Hauptverdiener und vergleichsweise schlechten öffentlichen Betreuungsangeboten für Kinder. Dieses Modell verliert bei jungen Menschen ganz offensichtlich an Attraktivität. Weil das 2007 eingeführte Elterngeld die Doppelverdienergemeinschaft und damit erwerbstätige und oft auch gut qualifizierte Frauen begünstigt, können diese Regionen davon nur wenig profitieren.

Ein typischer Hinweis auf das traditionelle Familienmodell ist eine niedrige Beschäftigtenquote von Frauen. In der Regel sind Frauen in solchen Regionen obendrein selbst bei Erwerbstätigkeit häufig nur wenige Stunden oder geringfügig beschäftigt. Bei der Untersuchung, wie sich die Fertilitätsrate seit 1997 regional verändert hat, wird deutlich, dass vor allem dort, wo die Beschäftigtenquote von Frauen niedrig liegt, die Kinderzahlen zurückgehen.²

² Herangezogen wird dazu die Quote der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen am Wohnort. Anders als bei der meist verwendeten Beschäftigtenquoten am Arbeitsort, die an Wirtschaftsstandorten Werte nahe 100 Prozent erreichen können, sind hier die regionalen Unterschiede deutlich kleiner. Dafür ist der Zusammenhang mit der Kinderzahl je Frau eher plausibel.

Doppelverdienerpaare profitieren

Entwicklung der Kinderzahl je Frau in westdeutschen Kreisen von 1997 bis 2007 nach Beschäftigtenquote der Frauen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort, Mittelwert 1999 bis 2006*)

Kinderzahl je Frau	mittlere Beschäftigtenquote der Frauen
stark gefallen (45)	43,2
gefallen (220)	43,3
gestiegen (58)	44,2
stark gestiegen (3)	46,9

* Werte für 1997, 1998 und 2007 nicht verfügbar

Gestiegen bzw. gefallen = Veränderung der Fertilitätsrate zwischen null und 0,18 Kinder je Frau; stark gestiegen bzw. gefallen = Veränderung der Fertilitätsrate über 0,18 Kinder je Frau

In Westdeutschland haben vor allem Regionen mit hoher Beschäftigtenquote von Frauen einen Anstieg der Fruchtbarkeit zu verzeichnen. In Regionen mit der geringsten Frauenbeschäftigung ist die Kinderzahl je Frau hingegen tendenziell gesunken.

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank; eigene Berechnung)

In jenen Kreisen der alten Bundesländer, die zwischen 1997 und 2007 einen Anstieg der Fertilitätsrate zwischen null und 0,18 zu verzeichnen hatten, waren von 100 Frauen im Alter von 18 bis 64 Jahren im Mittel 44,2 berufstätig. In den westdeutschen Kreisen, die eine fallende Fertilitätsrate zu verzeichnen hatten, erreichte die mittlere Frauenbeschäftigtenquote dagegen nur 43,3 Prozent. Wo der Wert um mehr als 0,18 gefallen war, lag sie noch darunter. In den drei Städten mit einer starken Zunahme der Kinderzahl je Frau waren hingegen fast 47 Prozent der Frauen sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Weil sich in urbanen Zentren mehr qualifizierte, erwerbstätige Frauen finden als auf dem Land, sind dort die Fertilitätsraten gestiegen. Die größere Akzeptanz und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf lässt die städtischen Regionen im Westen in Sachen Kinderzahlen aufholen. Die Nivellierung der Kinderzahlen je Frau zwischen Stadt und Land sowie zwischen Ost und West ist somit ein Zeichen für veränderte Familienvorstellungen und für eine steigende Qualifikation und Erwerbstätigkeit von Frauen. Jene Zeiten, in denen vor allem ländliche Regionen hohe und urbane Zentren sehr niedrige Kinderzahlen aufweisen, scheinen zu Ende zu gehen. Die Einführung des Elterngeldes hat dieser Entwicklung noch einmal einen Schub verliehen.

Junge Mütter im Osten, späte Mütter im Westen

Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich auch hinsichtlich des Zeitpunktes, an dem Frauen ihre Kinder bekommen – wobei die Mütter im Osten traditionell jünger sind. Dies spiegelt sich sowohl im Anteil der Teenager-Mütter (jünger als 20 Jahre) wie auch in jenem der „späten“ Mütter (35 Jahre und älter) wider.

In den alten Bundesländern bekommen nur wenige Frauen im Teenager-Alter Kinder. In den neuen Bundesländern ist der Anteil der Teenager-Geburten seit der Wende stark gestiegen und hat sich heute auf einen Wert von fünf bis sieben Prozent an allen Geburten eingependelt. Der bundesdeutsche Durchschnitt liegt bei rund drei Prozent.

Allein in Thüringen liegt heute der Anteil von Teenager-Müttern in 16 von insgesamt 23 Landkreisen und kreisfreien Städten höher als noch im Jahr 2000. In einer Karte mit dem Anteil sehr junger Mütter fällt auf, dass es vor allem wirtschaftliche Krisenregionen sind, in denen viele sehr junge Frauen Kinder bekommen: weite Teile Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsen-Anhalts, die westdeutschen Hafenstädte Bremerhaven und Wilhelms-haven sowie das Saarland. In Landkreisen wie Stendal in Sachsen-Anhalt oder dem vorpommerschen Landkreis Uecker-Randow werden etwa neun Prozent aller Kinder von Müttern unter 20 Jahren geboren. In Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit findet offenbar ein Teil der sehr jungen Frauen eine soziale Position in der Mutterrolle – bietet sie doch auch für gering Qualifizierte eine Alternative zu Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit und über Transferleistungen ein höheres Einkommen.

Anders verhält es sich bei den späten Müttern. Deutschlandweit war in den vergangenen Jahren eine Verschiebung des durchschnittlichen Geburtsalters in höhere Altersklassen zu beobachten. Die meisten Kinder bekommen hierzulande die 30-Jährigen: 97 Kinder je 1.000 Frauen dieses Alters (2007). Doch auch bei den Mittdreißigern hat die Zahl der Geburten stark zugenommen. Während 2001 nur 54 Kinder je 1.000 Frauen im Alter von 35 Jahren geboren wurden, waren es 2007 bereits 68 Kinder. Damit brachten 35-jährige Frauen 2007 mehr Kinder zur Welt als die Frauen im Alter von 25 Jahren und doppelt so viele Kinder wie 21-jährige Frauen. Auch für 40-Jährige geht der Trend zu mehr Geburten. Auf 1.000 Frauen dieses Alters kommen durchschnittlich sechs Kinder mehr als noch im Jahr 2001.

Späte Mutterschaft ist ein Zeichen von wohlhabenden Regionen mit hohem Qualifikationsniveau von Frauen. Vor allem in westdeutschen Großstädten bekommen viele Frauen erst zwischen 35 und 39 Jahren ein Kind. Im reichen Landkreis Starnberg in Bayern wird bereits jedes dritte Kind von einer Mutter im Alter von 35 bis 39 Jahren geboren. Im wenig wohlhabenden Frankfurt/Oder hat nur jedes elfte Kind eine so alte Mutter.

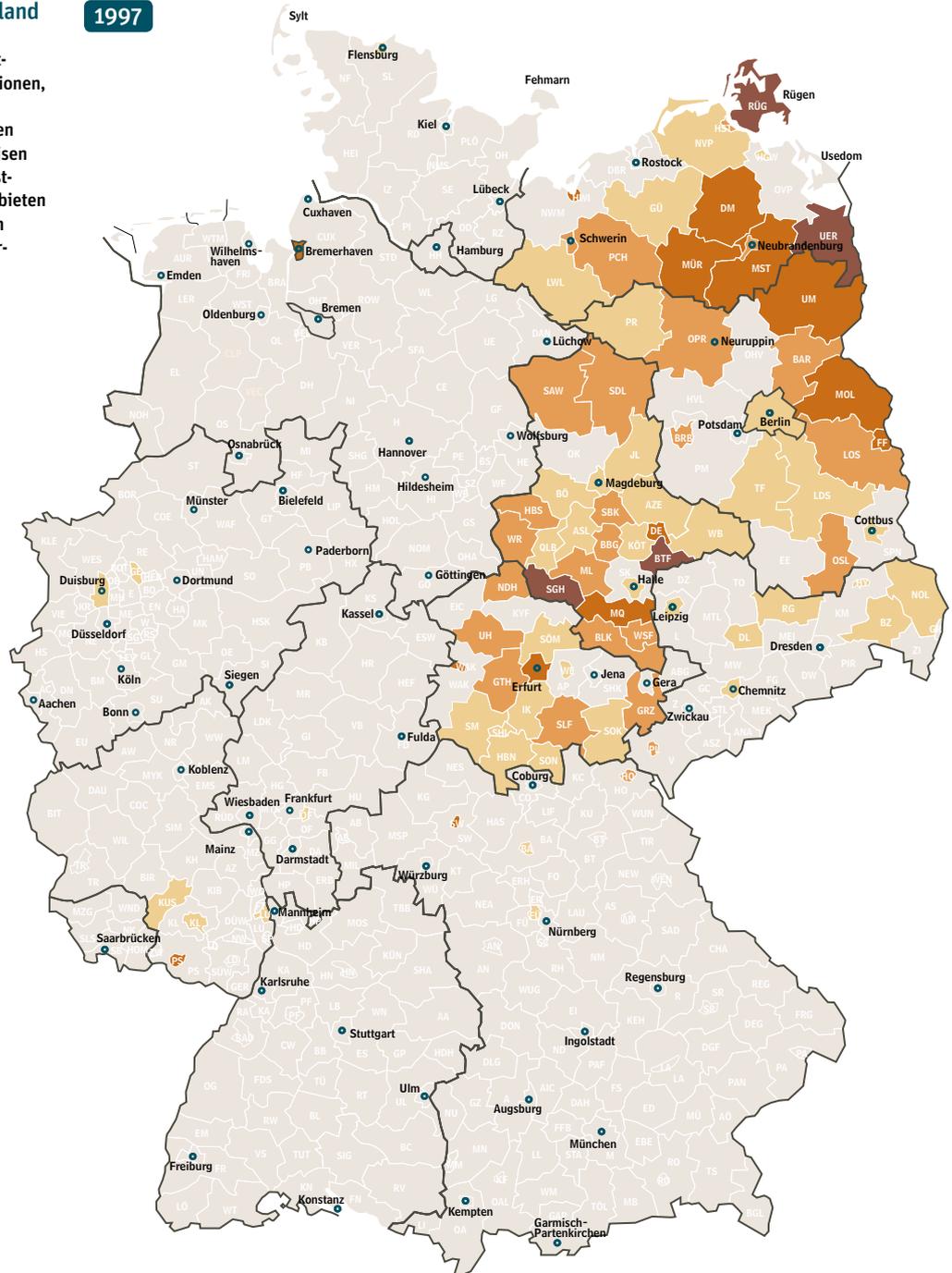
Junge Mütter vor allem in Ostdeutschland

1997

Mütter im Teenager-Alter sind vorrangig in Ostdeutschland zu finden und dort oftmals in Regionen, die von hoher Arbeitslosigkeit betroffen sind. Vielerorts hat der Anteil von Teenager-Geburten deutlich zugenommen und liegt in einigen Kreisen bei zehn Prozent aller Geborenen. Auch in Westdeutschland ist in wirtschaftlichen Problemgebieten wie dem Saarland, dem Ruhrgebiet oder in den Hafenstädten ein erhöhter Anteil von Teenager-Geburten zu finden.

Anteil der Neugeborenen von Müttern im Alter von 15 bis 19 Jahren an allen Geburten 1997 in Prozent
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank; eigene Berechnung)

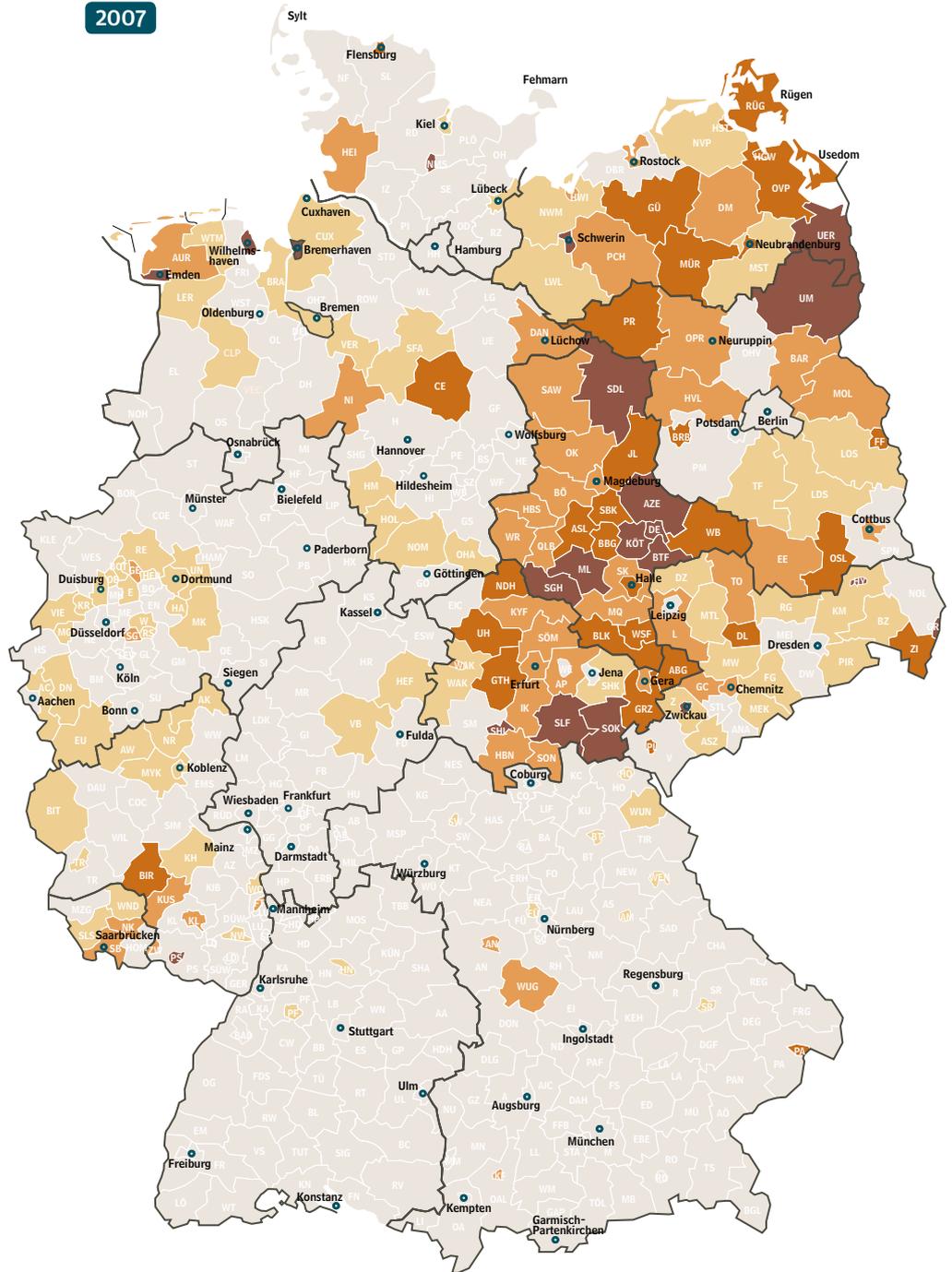
- unter 4
- 4 bis unter 5
- 5 bis unter 6
- 6 bis unter 7
- 7 und mehr



2007

Anteil der Neugeborenen von Müttern im
Alter von 15 bis 19 Jahren an allen Geburten
2007 in Prozent
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt,
Regionaldatenbank; eigene Berechnung)

- ☐ unter 4
- ☐ 4 bis unter 5
- ☐ 5 bis unter 6
- ☐ 6 bis unter 7
- ☐ 7 und mehr



Rasche Zunahme später Mutterschaft

1997

Der Trend zur späten Mutterschaft findet sich vor allem bei Frauen in westdeutschen Ballungszentren wie Hamburg und München. Dort werden oft mehr als 20 Prozent der Kinder von über 34-jährigen Frauen geboren. Auch die ostdeutschen Frauen in Städten wie Potsdam, Berlin oder Dresden passen sich diesem Trend an. Allerdings verläuft die Entwicklung nicht so rasant wie in Westdeutschland.

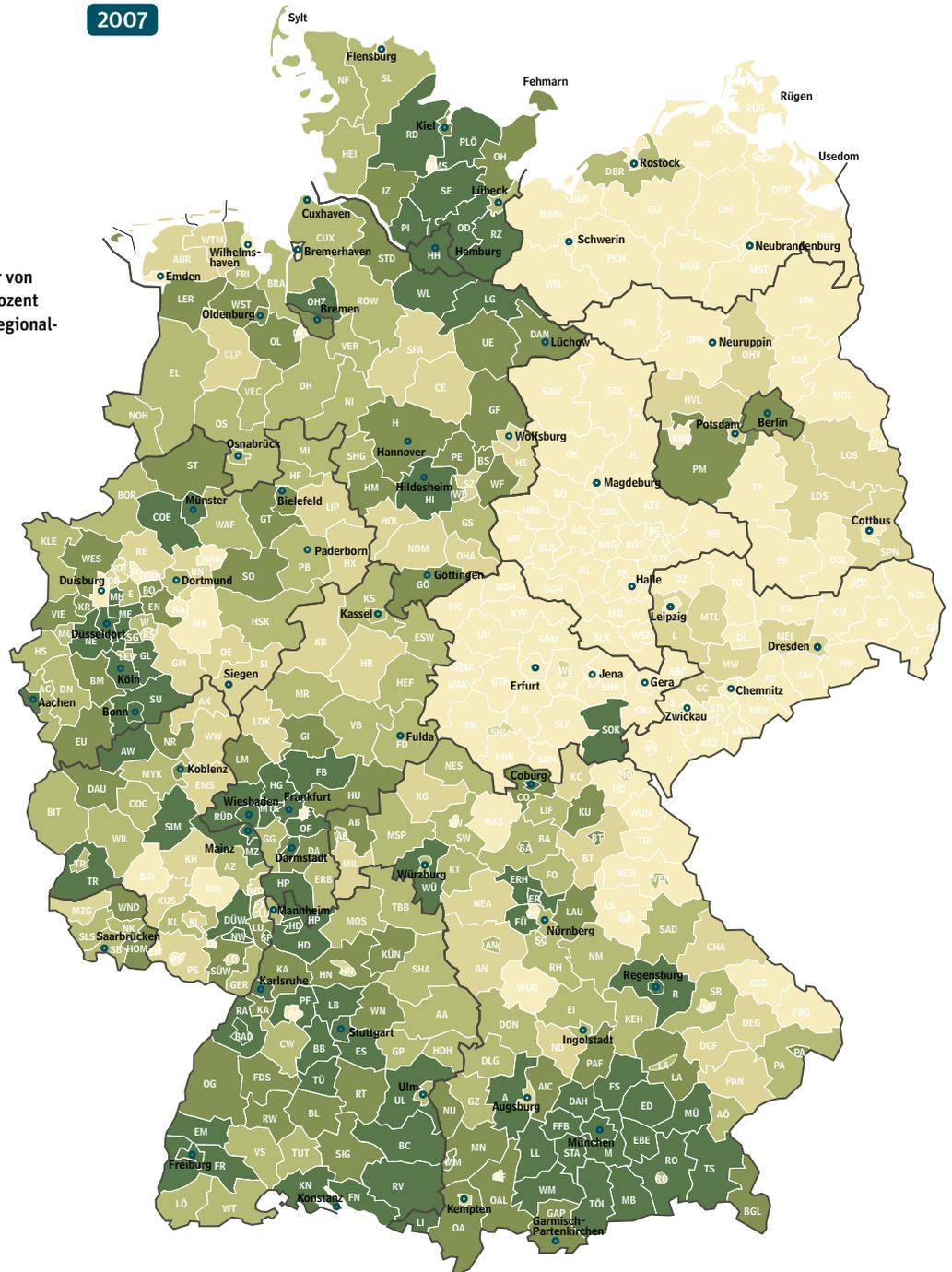
Anteil der Neugeborenen von Müttern im Alter von 35 bis 39 Jahren an allen Geburten 1997 in Prozent (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank; eigene Berechnung)



2007

Anteil der Neugeborenen von Müttern im Alter von 35 bis 39 Jahren an allen Geburten 2007 in Prozent
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank; eigene Berechnung)

- unter 14
- 14 bis unter 16
- 16 bis unter 18
- 18 bis unter 20
- 20 und mehr



Der Trend zur späten Mutterschaft ist seit 1997 rasant vorangeschritten: Im Jahr 1997 gab es deutschlandweit nur einen Kreis (Starnberg), in dem mehr als 20 Prozent der Kinder von Frauen zwischen 35 und 39 Jahren geboren wurden. Im Jahre 2007 traf dies schon für 83 Kreise zu – darunter kein einziger aus den neuen Bundesländern. In einigen westdeutschen Regionen ist in den letzten zehn Jahren der Anteil der Spätgeburten über zehn Prozentpunkte angestiegen – etwa in dem Kreis Ebersberg oder den kreisfreien Städten Erlangen und München.

Dennoch geht auch in den neuen Bundesländern die Entwicklung in Richtung späte Mutterschaft. Seit 1990 hat sich das durchschnittliche Alter bei der ersten Geburt im Osten Deutschlands von 22 auf fast 30 Jahre erhöht.

Fazit

Ostdeutschland hat nach langen Jahren extrem niedriger Kinderzahlen je Frau wieder mit dem Westen gleichgezogen. Im Jahr 2007, mit der Einführung des Elterngeldes, haben vor allem die neuen Bundesländer einen Sprung nach vorn gemacht. Und das, obwohl aufgrund der geringeren Erwerbseinkommen die Höhe des gezahlten Elterngeldes deutlich niedriger liegt.

Westdeutsche Regionen mit relativ hohen Kinderzahlen, wie es sie 1997 noch zahlreich gab, sind bis auf wenige verschwunden. In der Mehrheit dieser westdeutschen Landkreise ist die Kinderzahl je Frau bis 2006 gesunken. Selbst 2007 konnten zahlreiche westdeutsche Regionen nicht am gesamtdeutschen Geburtenanstieg teilhaben. Vermutlich kollidieren in diesen Gebieten die Vorstellungen einer wachsenden Zahl junger Menschen von einem modernen Doppelverdienermodell mit traditionellen Rollenvorstellungen. In solchen Regionen finden erwerbstätige Mütter oft keine adäquaten Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder, weil dort der Ausbau der Kindergärten und -krippen gerade erst begonnen hat und die Unterstützung im privaten Umfeld oft an ihre Grenzen stößt. Dagegen ist die Mehrzahl der ostdeutschen Eltern als Kinder selbst in Krippen und Kindergärten sozialisiert worden und sieht dies auch als selbstverständlich für den eigenen Nachwuchs an. Betreuungsplätze sind meist flächendeckend vorhanden. Die Einführung des Elterngeldes ist unter diesen Bedingungen auf einen fruchtbaren Boden gefallen.

Es ist zu früh, nach zwei Jahren den Erfolg des Elterngeldes zu bewerten. Der leichte Rückgang der Neugeborenenzahlen im Jahr 2008 ist jedoch kein Zeichen des Misserfolgs, denn die Zahl der Frauen im fertilen Alter ist in diesem Jahr stärker gesunken als

die Zahl der Geburten. Dennoch erweist sich der Effekt des Elterngeldes als ernüchternd gering. Der nur mäßige Anstieg der Fertilität seit 2007 deutet darauf hin, dass sich Länder wie Deutschland oder Österreich, in denen die Kinderzahlen bereits seit über einer Generation auf sehr niedrigem Niveau liegen, in einer so genannten Fertilitätsfalle befinden. Wenige oder überhaupt keine Kinder zu haben ist in diesen Ländern nicht mehr die Ausnahme sondern zu einer sozialen Norm geworden – unter anderem weil die heutigen Eltern bereits in einem Umfeld mit wenigen Geschwistern und wenigen Mehrkindfamilien groß geworden sind. Historisch betrachtet gibt es keine Modelle, wie sich dieser Falle entkommen lässt. Die großen Vorbilder der neuen deutschen Familienpolitik, Frankreich oder Schweden, haben ein solches Geburtenantief nie erlebt. Kinderzahlen je Frau wie in Frankreich (2,0) oder Schweden (1,9) dürften für Deutschland deshalb auf absehbare Zeit unerreichbar bleiben.³

Trotzdem gibt es keine Alternative für die neue Richtung der deutschen Familienpolitik: Der Ausbau der Kinderbetreuung unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern und von Ganztageschulen ist dringend geboten, auch weil die Volkswirtschaft auf qualifizierte Frauen angewiesen ist und weil sich so die Chancengleichheit für sozial benachteiligte Kinder, insbesondere aus Migrantenkreisen, verbessern lässt. Diese Angebote kommen dem offensichtlichen Wunsch junger Menschen nach, sowohl einen Beruf als auch eine Familie zu haben. Genau diese Angebote bereit zu stellen, ist Aufgabe der Familienpolitik.

³ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat)

Impressum

Herausgeber:

Berlin-Institut für Bevölkerung
und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin
Telefon (030) 22 32 48 45
Telefax (030) 22 32 48 46
E-Mail: info@berlin-institut.org
www.berlin-institut.org

Autoren:

Iris Hoßmann, Steffen Kröhnert,
Reiner Klingholz

Lektorat:

Margret Karsch

Organisation:

Christian Kutzner

Gestaltung:

Jörg Scholz, Köln
(www.traktorimnetz.de)

Das Berlin-Institut dankt der
Robert Bosch Stiftung
für die Unterstützung bei der
Erstellung dieser Studie.

Mit Ihrer Spende oder Zustiftung unterstützen Sie die unabhängige Arbeit des Berlin-Instituts

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Think tank, der sich mit Fragen globaler demografischer Veränderungen und der Entwicklungspolitik beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten.

Das Berlin-Institut erstellt Studien, Diskussions- und Hintergrundpapiere, bereitet wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf und betreibt ein Online-Handbuch zum Thema Bevölkerung.

Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Online-Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter **www.berlin-institut.org**.

Das Berlin-Institut finanziert sich über Projektzuwendungen, Spenden und Forschungsaufträge. Das Institut ist als gemeinnützig anerkannt und erhält keinerlei öffentliche Grundförderung. Spenden und Zustiftungen an das Berlin-Institut sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung:
Bankhaus Hallbaum
BLZ 250 601 80
Konto 20 28 64 07

Bei Überweisungen bitte unbedingt Name und Adresse angeben, damit eine Spendenquittung gestellt werden kann.

Kontakt:

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin
Telefon 030 22324845
Telefax 030 22324846
E-Mail: info@berlin-institut.org